

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/174

12. September 1975

Mehr Sachlichkeit an der internationalen Währungs-  
front

-----  
Zu den Ergebnissen der Jahresversammlung 1975 des IWF  
und der Weltbank

Von Dr. Hans Apel MdB  
Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Vorstandes  
der SPD

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Saar-CDU muß Konsequenzen ziehen

-----  
Landesparlament zusammen mit Bundestag neu wählen !

Von Friedel Läßle MdL  
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Saarland  
und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 3 und 4 / 81 Zeilen

Kohl und der Papanz von vorgestern

-----  
Seltener Beitrag des CDU-Vorsitzenden zur Europa-  
Diskussion

Von Wilhelm Dröcher  
Mitglied des Präsidiums der SPD und Präsident des  
Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Seite 5 / 39 Zeilen

Ein Parteitag für Franz Josef Strauß

-----  
CSU-Kongreß im Rahmen der Super-Geburtstagsfeier

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10  
Postfach: 120 466  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 05 98 846 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Mehr Sachlichkeit an der internationalen Währungsfront

Zu den Ergebnissen der Jahresversammlung 1975 des IWF und der Weltbank

Von Dr. Hans Apel MdB

Bundeminister der Finanzen und Mitglied des Vorstandes der SPD

Der wichtigste Durchbruch dieser Tagung wurde in zwei bedeutsamen Teilbereichen der seit langem diskutierten Reform des internationalen Währungssystems unmittelbar vor Beginn der eigentlichen Jahresversammlung erzielt, als in der Zehnergruppe und im Interimsausschuß Entscheidungen über die bis dahin strittige Quotenaufteilung unter den Industrieländern und die zukünftige Behandlung des Währungsgoldes, insbesondere die Verwendung des IWF-Goldes, fielen. Die kontroverse Wechselkursfrage war dagegen aus der Diskussion ausgeklammert worden, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Einigung über die Ausgestaltung des künftigen Wechselkursystems nicht zu erwarten war.

Mit der Lösung der Quoten- und der Goldfrage sind zwei der schwierigsten Hürden auf dem Weg zur Änderung des IWF-Abkommens überwunden worden. Die Neuverteilung der Quoten war für lange Zeit daran gescheitert, daß sich die Industrieländer über die Aufteilung ihres verringerten Anteils an der erhöhten Quotensumme nicht einigen konnten. Zugeständnisse aller Beteiligten, insbesondere aber der EG-Länder, haben jedoch jetzt eine allseitig annehmbare Quotenstruktur ermöglicht. Als eines der ganz wenigen Industrieländer erfährt die Bundesrepublik Deutschland eine Erhöhung ihres Quotenanteils von gegenwärtig 5,48 vH auf 5,53 vH an der auf 39 Milliarden SZR aufgestockten Quotensumme des IWF.

Noch entscheidender für die Stabilisierung des internationalen Währungssystems sind allerdings die Vereinbarungen zum Währungsgold. Die Zentralbanken aller wichtigen Industrieländer kamen überein, für mindestens

zwei Jahre das Volumen ihrer Goldbestände einschließlich des IWF-Goldes nicht zu erhöhen - eine Regelung, die als erster Schritt in Richtung auf den Abbau der Rolle des Goldes als Reservemedium gesehen werden muß. Die Goldbestände des IWF selbst werden abgebaut werden: Ein Sechstel wird nach Maßgabe der Quoten an die Mitgliedsländer zurückgegeben werden, während ein weiteres Sechstel zu Marktpreisen veräußert werden soll. Der Erlös aus der Veräußerung dieses Sechstels wird weitgehend den Entwicklungsländern zugute kommen - möglicherweise in Form eines beim IWF neu zu schaffenden Treuhänderfonds. Die diesem Fonds zufließenden Mittel sollen längerfristig und zu besonders günstigen Bedingungen zur Zahlungsbilanzhilfe und auch, wie besonders von deutscher Seite gefordert, zur Stabilisierung der Exporterlöse der ärmsten Entwicklungsländer dienen.

Die Washingtoner Beschlüsse zu Quoten und Gold werden allerdings erst dann wirksam werden, wenn auch Einigung in der Wechselkursfrage erzielt worden ist; ein Gesamtpaket der notwendigen Änderungen des IWF-Abkommens wird dann den einzelnen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß bei der nächsten Sitzung des IWF-Interimsausschusses im Januar 1976 ein solches Gesamtpaket verabschiedet wird.

Zu den aktuellen weltwirtschaftlichen Fragen richtete sich das Hauptaugenmerk vor allem auf die Weltkonjunktur, die von den Industrieländern unter dem Gesichtspunkt von Rezession und Inflation und von den Entwicklungsländern vorrangig aus der Sicht ihrer prekären Zahlungsbilanzsituation beurteilt wurde. Der Notwendigkeit der Koordinierung binnenwirtschaftlicher Maßnahmen unter den Industrieländern wurde für die Belebung der Weltkonjunktur entscheidende Bedeutung beigegeben. Besondere Beachtung fanden dabei die jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung zu einer Belebung der Konjunktur.

Die Sorge über die prekäre Lage der Entwicklungsländer, die infolge von Devisenknappheit ihre Entwicklungsprogramme gefährdet sehen, überschattete die durchaus optimistischen Prognosen für einen baldigen Anstieg der Weltkonjunktur. Als ein wichtiger Schritt für eine Verbesserung ihrer Situation wurde dabei neben dem Ausbau bestehender Finanzierungshilfen die Zurverfügungstellung eines Teils des IWF-Goldes zu ihren Gunsten gewertet. Die Entwicklungsländer ließen nachdrücklich erkennen, daß sie allerdings auch weiterhin ihre Forderung nach einer engen Verknüpfung von Währungs- und Entwicklungspolitik aufrechtzuerhalten gedenken.

Als Gesamteindruck dieser Jahrestagung bleibt festzustellen, daß in der internationalen währungspolitischen Diskussion eine erhebliche Verschiebung der gegenwärtig anstehenden Fragen eingetreten ist. Die nüchterne und geschäftsmäßige Atmosphäre der Verhandlungen läßt hoffen, daß auch in den noch offenen Sachfragen alabald weitere Fortschritte zu erzielen sind.

(-/12.9.1975/ks/pr)

+ + +

Saar-CDU muß Konsequenzen ziehen

Landesparlament zusammen mit Bundestag neu wählen !

Von Friedel Läßle MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD im Saarland und  
Mitglied des Vorstandes der SPD

Die Diskussion um die Auflösung der Patt-Situation im saarländischen Parlament ist in eine neue Phase getreten. Um klare Mehrheitsverhältnisse zu schaffen, bedarf es in jedem Fall einer Teilung der Macht mit den bisher nicht regierenden Parteien. Die CDU mit ihren 25 Stimmen im Landesparlament bereitet in der Öffentlichkeit mit viel Aufwand ein Koalitionsangebot an die Freien Demokraten vor. Die FDP verfügt im saarländischen Parlament über drei Sitze und könnte damit rechnerisch den Ausschlag für eine mehrheitsfähige CDU/FDP-Koalition geben. Nachdem sämtliche Größen der CDU, zeitlich genau abgestimmt, der FDP großzügige Angebote in Aussicht stellen, kann man davon ausgehen, daß den Freien Demokraten zu ihrem Parteitag am 5. Oktober ein Koalitionsangebot mit Zuckerguß überreicht werden wird.

Man muß sich wundern, daß die CDU auf diese plumpe Art und Weise Mehrheiten gewinnen will, wo doch der Chef der Liberalen, Werner Klumpp, mehrfach und eindeutig erklärt hat, daß eine Koalition mit der CDU für ihn nicht in Frage komme. Das Ergebnis dieses Versuchs steht daher heute bereits fest. Also muß das taktische Ziel der CDU ein anderes sein. Sie wird versuchen, in der Öffentlichkeit die Schuld an einer unbeweglichen Landesregierung den Liberalen zuzuschustern, weil diese, nach der Interpretation der CDU, völlig unbeweglich an den "großen Bruder SPD" gekettet seien. Ein solcher Schachzug würde in der Tat der FDP in der Öffentlichkeit einige Schwierigkeiten bereiten. Sollte die CDU in einem Überraschungsschlag für Neuwahlen sorgen wollen, so könnte das eine durchaus nicht unkomplizierte Ausgangslage für die Saar-Liberalen sein.

Damit scheint die taktische Marachroute der CDU klar zu sein: Wenn ihr "Überraschend großzügiges" Koalitionsangebot von der FDP abgelehnt werden wird, könnte sie versuchen, in der Öffentlichkeit einen Druck für unmittelbare Neuwahlen zu erzeugen, in der Kalkulation, die am 4. Mai 1975 knapp verfehlte absolute konservative Mehrheit zu Lasten der Liberalen zu erringen. Auf einen Zugewinn aus dem sozialdemokratischen Wählerpotential rechnet man in Unions-Kreisen nicht.

Die Position der Sozialdemokraten bleibt eindeutig klar: Eine große Koalition wird es nicht geben. Wir stehen zur Aussage, eine Koalition mit der FDP zu wollen und für den inzwischen eingetretenen Fall des Patts diesen Partner nicht an die Wand zu drängen. In Erkenntnis der schwierigen politischen Lage an der Saar haben wir für eine Übergangszeit eine Allparteienregierung vorgeschlagen, die von der CDU bis heute brüsk zurückgewiesen wurde, weil das weder in die personelle noch in die inhaltliche

### Strategie der Union gepaßt hätte.

Grundsätzlich sind wir davon überzeugt, daß Neuwahlen die sauberste Lösung des Pette wären. Einer willkürlichen Festsetzung eines solchen Termins durch die CDU werden wir uns aber klar widersetzen. Dazu ein kurzer Blick in die Verfassungssituation: Die saarländische Verfassung ist bis heute nicht nur festgelegt auf die genaue Zahl von 50 Abgeordneten, sondern sie stützt auch die Regierung mit besonderer Verharrungsmöglichkeit aus. Eine Auflösung des Parlaments tritt nicht automatisch mit einer Rücktrittserklärung des Ministerpräsidenten in Kraft. Das wäre nur über eine mit 26 Stimmen Mehrheit gefaßte Mißtrauenserklärung des Parlaments möglich. Alle anderen in der Verfassung vorgesehenen Wege der Auflösung des Parlaments bedürfen einer Zweidrittel-Mehrheit.

Damit kann die CDU den Termin von Neuwahlen ohne Hilfe der SPD nicht festsetzen. Wir bestimmen eben mit. Nachdem nun über vier Monate nach der Wahl verstrichen sind, ohne daß die CDU auf die Frage baldiger Neuwahlen eingegangen wäre, werden wir aus der oben geschilderten Situation heraus generell einem Neuwahltermin zustimmen, ihn aber nicht vor den Bundestagswahlen akzeptieren. Dafür gibt es eine Reihe plausibler Gründe:

1/ Mit einer gleichzeitigen Neuwahl zum Bundestagswahltermin würde den Bürgern ein erneuter Wahlgang erspart, damit wäre gleichzeitig die Gefahr des Anwachsens radikaler Parteien eingedämmt, die sonst aus Mißmut über die für den Bürger undurchsichtige Situation durchaus akut wäre.

2/ Die saarländische Haushaltspolitik steckt in einem derart extremen Engpaß, daß die Kosten einer gesonderten Neuwahl, die ja nur etwa ein halbes Jahr vor den Bundestagswahlen sein könnte, eine unverantwortliche Zusatzbelastung ergäben.

3/ Die enormen Kosten eines Landtagswahlkampfes würden allen Parteien und damit auch zu einem Teil dem Steuerzahler erspart.

Wir Sozialdemokraten fordern deshalb mit Nachdruck, die Neuwahlen zum saarländischen Landesparlament parallel mit den Bundestagswahlen am 3. Oktober 1976 durchzuführen. Sollte die CDU sich öffentlich auf diesen Vorschlag festlegen, so wäre das für uns ein Signal, die schwierige Frage der Haushaltsverabschiedung im Herbst dieses Jahres unter Hintanstellung spezieller Bedenken, die wir insbesondere in der Fortsetzung der konservativen Politik ohne politische Legitimation sehen und die ohne Neuwahlen auf längere Sicht unarztügllich wäre, durch unsere Zustimmung zu klären. Im verbleibenden Zeitraum bis zu den Bundestagswahlen müßten die notwendigen Verfassungsänderungen gemeinsam verabschiedet und einige unaufschiebbare Gesetze auf den Weg gebracht werden. Kurz nach dem Ablauf des FDP-Parteitages im Oktober werden wir sehen, ob die CDU endlich bereit ist, aus der verlorengegangenen Mehrheit politische Konsequenzen zu ziehen.

(~/12.9.1975/ks/pr)

+ + +

Kohl und der Papanz von vorgestern

Salzburger Beitrag des CDU-Vorsitzenden zur Europa-Diskussion

Von Wilhelm Dröcher

Mitglied des Präsidiums der SPD und Präsident des  
Bundes der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Wer ernsthaft am Ausbau der europäischen Einigung interessiert ist - und dies sind wir europäischen Sozialdemokraten - sollte sich darüber freuen, daß auch die christlich-demokratischen Parteien und die mit ihnen zusammenarbeitenden konservativen Parteien ihre Vorstellungen über den europäischen Einigungsprozeß präzisieren.

Die Salzburger Tagung der christlich-demokratischen und konservativen Parteien und ihre Ergebnisse werden von uns aufmerksam verfolgt. Es ist zu hoffen, daß die europäischen Bruderparteien der CDU ihre deutsche Partnerorganisation in der Zukunft auch darüber informieren, daß im Dialog der gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Europa sich nicht die Unrichtigkeiten einschleichen, denen offenbar der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl zum Opfer gefallen ist, wenn schon die CDU selbst nicht von sich aus ihre Kenntnisse in der richtigen Reihenfolge zu ordnen weiß.

Die Sozialistische Internationale, vor der Helmut Kohl bei der Darstellung seiner Europakonzeption solche Angst zu haben scheint, ist ein weltweiter Zusammenschluß der Parteien des demokratischen Sozialismus. Für die Sozialistische Internationale ist Europa, auch das Europa der Neun, eine Region unter vielen, in denen sozialdemokratische Parteien wirken. Dem CDU-Vorsitzenden scheint völlig entgangen zu sein, daß der Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft jene Organisation ist, in der Sozialdemokraten ihre Vorstellungen über das Zusammenwachsen Europas diskutieren, koordinieren und dem europäischen Bürger darlegen.

Im Meinungsstreit und im Wettbewerb zwischen den demokratischen Parteien in der Gemeinschaft, den wir als Sozialdemokraten bejahen, damit die europäischen Bürger wissen, wie die Alternativen der Politik aussehen, bedarf es nicht der Schwarzmalerei und der bewußt falschen Aussagen, zu denen sich der CDU-Vorsitzende aufgeschwungen hat. Das Schreckgespenst eines sozialistischen Europas, das er malt, entstammt der Requisitekammer der Vergangenheit. Wir bedauern sehr, daß Helmut Kohl nichts Besseres eingefallen ist. Wir wissen aber auch, daß die europäischen Schwesterparteien der CDU im Dialog mit Sozialdemokraten anders reagieren als der deutsche CDU-Vorsitzende. Dies gibt uns Hoffnung.

Die CDU in der Bundesrepublik aber muß sich darum bemühen, ihre europapolitischen Vorstellungen klar und sachlich zu formulieren; denn sonst wird sie zu einer Belastung für die Schwesterparteien. Die europäischen Sozialdemokraten wünschen sich kluge und aufgeschlossene demokratische Konkurrenten. Will die CDU ernst genommen werden, so muß sie die Requisitekammer der Vergangenheit schnellstens schließen. (-/12.9.1975/ks/pr)

+ + +

Ein Parteitag für Franz Josef Strauß

-----  
CSU-Kongreß im Rahmen der Super-Geburtstagsfete

Der beflissene Strauß-Generalsekretär Gerald Tandler, der andere als Kohls Generalsekretär Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf keine Ambitionen hat, seinem Chef politisch über den Kopf zu wachsen, konnte trotz allem eifrigen Bemühen den zwingenden Eindruck nicht verwehren, daß der "Parteitag '75" mit dem großartigen Motto "Arbeit für Deutschland" dennoch praktisch eine Monster-Heerschau der kleineren Untere-Stiefschwester für ihren allgewaltigen Boss ist. Dieser zwingende Eindruck wird ganz klar, wenn man erfährt, daß dieser Parteitag eigentlich 14 Tage später stattfinden sollte, dann aber auf das Wochenende vom 12. und 13. September vorverlegt worden ist, damit auch dieser Parteikongreß zeitlich - und schließlich auch thematisch - genau in den Zwei-Wochen-Turnus eingegliedert werden konnte, in dem der "große Vorsitzende" am laufenden Band seinen 60. Geburtstag feiert.

Um das auch außerhalb Bayerns deutlich werden zu lassen: Als Vorläufer für das große Ereignis gab's auf der Krauth-Alm eine Einladung für CSU-Funktionäre zu einem bayerischen Essen. Am nächsten Tag versammelten sich die Wirtschaftspotentaten des CSU-Wirtschaftsbeirates im Münchner "Bayerischen Hof" zur Lobpreisung (eine Münchner Boulevardzeitung fand Parallelen zum "Faten"). Zur Abrundung lud der Großindustrielle Friedrich Karl Flick ins "Continental" zum Festessen ein. Am 6. September, dem wirklichen Tag des Herrn, marschierten in Rottach-Egern die Mittenwalder Gebirgsschützen auf und ernannten das Geburtstagskind zum Offizier und hängten ihm einen Ehrensäbel um. Tags darauf folgte im Hotel "Überfahrt" ein, so hieß es, "privates" Essen, bei dem sich viele Gäste zum wiederholten Male vor dem "weiß-blauen-schwarzen Kurfürsten" verneigten und Geschenke darbrachten. Nach einem Tag Pause schwebten am hohen Preißenberg zehn Fallschirmspringer aus dem Himmel zu Füßen von Strauß nieder und brachten ihm von oben ein Bild: Es jubelten alle Behördenvertreter aus Straußens Wahlkreis. Am nächsten Tag kam mit klingendem Spiel die Bundeswehr, 60 Mann stark von der Gebirgsjägerdivision aus Mittenwald, und blies dem Erlauchten eine "bayerische Serenade". Am

Sonntag, dem 14. September, kommen 1.500 bis 2.000 Gäste in die Münchner Residenz, um das wirklich einmalige Ereignis eines 60. Geburtstages im superfestlichen Rahmen zu feiern. Dann fliegt der CSU-Vorsitzende nach China, um sich von Mada Leuten gratulieren zu lassen. Nach der Rückkehr gibt es in Bonn den grandiosen Schlußempfang einschließlich der Voreprache des Diplomatischen Korps. Und dazwischen liegt, schön eingebettet, an diesem Wochenende der CSU-"Parteitag '75", dessen unbezweifelbarer Höhepunkt am Freitagabend der große Empfang im Münchner Hofbräuhaus ist, bei dem die 607 Parteitagadelegierten und zahlreiche Gäste wieder einmal jubeln.

Dieser "Parteitag '75" also dient der "Arbeit in Deutschland", der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß sprach zum Thema "Mit uns für Deutschland", ein Podiumsgespräch stand unter dem verheißenden Motto "CSU: Sicherung der Zukunft", ein zweites Gespräch verhiieß "CSU: Sicherung der Freiheit" (notabene unter der Leitung des Bundestagevizpräsidenten Dr. Richard Jaeger), und ein drittes Gespräch gab bekannt: "CSU: Sicherung der sozialen Marktwirtschaft". Die CSU-Spitze kündigte als Generaltenor eine allumfassende "Abrechnung" mit der sozialliberalen Regierung im ungeliebten Bonn an. Und so wird der "Parteitag '75" als eine Neuauflage von Santhofen in die derlei Dinge inzwischen längst müde gewordene Parteigeschichte der gequälten deutschen Demokratie eingehen. Von Alternativen ist sowieso keine Rede.

Zum Abschluß und am Rande sei noch verzeichnet, daß der Strauß-Generalsekretär Gerold Tandler dem Ehrengast Dr. Helmut Kohl aus Mainz zum Empfang zwei bayerische "Trunns" aufs Parteitags-Frühstücksbrot legte. Erstens die Feststellung, daß die beiden Schwester-Parteien gleichberechtigt seien: "Die eine kann ohne die andere nichts tun". Und zweitens zur Position von Strauß in der Kohl-Mannschaft: "Strauß ist so bekannt, und seine Leistungszumessung für den Bereich der Finanzen wie auch der Außenpolitik so groß, daß es völlig unwichtig ist, ob seine Benennung früher oder später erfolgt."

Erhardt Eckert  
(-/12.9.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller